

vom 20. Juni 1915 —, lehte zuerst eine Pressefehde ein, der zweite Bundesvorsitzende, der bekannte Ingenieur Dr. Graf Arco, wurde von den Militärbehörden behelligt, dann wurde mit Verboten, Vernehmungen, Beschlagnahmen, Verhaftungen vorgegangen — der beste Beweis für die missliche Kriegsgewerkschaft und die wirkungslose Arbeit dieses vorbildlich entworfenen Kreises!

Das Buch Lehmann-Kugbärdts, dessen Inhalt sich hier nicht einmal risslos andeuten läßt, berichtet dann aus der Nachkriegszeit von der sofort begonnenen Arbeit für die Wiederanbahnung der internationalen Beziehungen, wobei die deutsch-französische Verständigung im Vordergrund stand. Der Bund hatte Opfer, nichts eht ihm mehr als die Namen der vier ermordeten Mitglieder: Kurt Eisner, Gustav Landauer, Alexander Jutras, Hans Baasche. Mit der Namensänderung des Bundes in „Deutsche Liga für Menschenrechte“ erfolgte dann, 1920/1921, die ersten gemeinsamen Arbeiten mit der französischen Liga für Menschenrechte. Die größte Auswirkung hatte die deutsch-französische Rundgebung im Reichstag am 11. Juni 1922, bei der die Franzosen Victor Bajcs, C. Fonglé, Ferdinand Buisson, Madame Menard, Pierre Renaudel (der 1921 in Leipzig Gast des damaligen USF-Parteitages war) und Prof. Kuffner; die Deutschen Albert Einstein, A. v. Gerlach, Harry Graf Kessler, O. Lehmann-Kugbärdt, Paul Löbe, Paul Deitreich und Dr. L. Schücking mitwirkten. Die Liga hat planmäßig im Geiste dieser Rundgebung weitergearbeitet, wovon u. a. die Erfolge in ihrem deutsch-französischen Schüleraustausch zeugen. Heute hat sie, wie ihr Name sagt, ein fruchtbares Arbeitsgebiet: das Menschenrecht Deutscher gegen die deutsche Kolonialpolitik zu verteidigen.

Mögen die Jüden, die tapigere Männer und Frauen im Kriege unter der Flut der Kriegsgeschosse rein erhalten, durch einen schneidig geführten Wahlkampf in Deutschland eine geistige Heimstätte erhalten — sie sind es wert; und im Kampfe dafür ist die Geschichte dieses mutigen Kreises eine gute Waffe.

Reichswehr und Fememorde

Nicht rechtlich, aber moralisch verantwortlich!

II. Im Beleidigungsprozeß gegen den Mitarbeiter der Weltbühne Salomon und den Herausgeber Objektiv sollte das Gericht nach 2-stündiger Beratung folgendes Urteil: Die Berufung der Angeklagten wird mit der Maßgabe verworfen, daß an Stelle der von der ersten Instanz festgestellten Gefängnisstrafen gegen den Angeklagten Salomon eine Geldstrafe von 1000 Mark und gegen den Angeklagten Objektiv eine solche von 600 Mark verhängt wird.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, das Gericht sei der Auflage insofern gefolgt, als es angenommen habe, daß der Artikel die strafrechtliche Verantwortung der Reichswehroffiziere im Sinne des dem Oberleutnant a. D. Schulz zur Last gelegten Verbrechens gemeint habe. Die Anlagebank, von der die Rede ist, könne nur als Anlagebank des ordentlichen Gerichts verstanden worden sein. Dies allein müßte der unbezweifelbaren Ansicht aus dem Gehalt des Artikels herausleiten, nicht aber die moralische Verantwortung der Reichswehr-offiziere. Bei der Strafzumessung müßte aber berücksichtigt werden, daß der inkriminierte Artikel nur der letzte in einer ganzen Serie von Artikeln war, deren Aufgabe es sein sollte, den Krebs-schaden der Fememorde aufzudecken; das aber war das gute Recht des Verfassers.

Die Bedeutung dieses Prozesses ist, daß die moralische Verantwortung der Reichswehroffiziere für die Fememorde unüberwindlich festgelegt worden ist, wenn auch die Urteilsbegründung diese mit keinem Worte erwähnt. Dem Reichswehrminister Gehler war das Siegert-Urteil im Wilmso-Prozeß, das die Mitschuld der Reichswehr festlegte, in die Glieder gefahren. Durch die Strafangelegenheit gegen die Weltbühne hoffte er sich zu rehabilitieren. In Wirklichkeit geht er aus dem Prozeß moralisch verurteilt hervor. Das Beweisergebnis des zweiten Sitzungstages zeigte dies noch in höherem Maße auf als der erste Tag.

Der junge Major Buchruder bestätigte die Worte seines Briefes, den Oberleutnant Schulz feinerseit aus der Festung Gollnow geschrieben hat, daß die Reichswehrstellen von den Norden haben wissen müssen. „Donnerwetter“, sagte er, „das muß doch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn ich in der mir unterstellten Formation nicht gemerkt haben sollte, wenn ein Mensch erledigt wird.“ Der Major Buchruder sagte nun, er habe nur die Standort-älteste gemeint. Er habe nur ausdrücken wollen, daß auch er als nächster Vorgesetzter von Schulz die gleiche Verantwortung trage wie er. Er müßte aber schließlich zugeben, daß auch die Reichswehroffiziere im Reichswehrkommando eine gewisse Verantwortung triffe.

Neben der Frage der Verantwortung liegt die andere Frage, ob die Mitglieder der Arbeitskommandos Soldaten waren. „Juristisch nicht“, erklärte Oberst von Bod, „sie konnten sich aber als Soldaten fühlen.“ Bod müßte zugeben, daß sie Ge-schichtsübungen vornahmen, als Abwehrmannschaften bei einer Reichswehrparade teilnahmen und daß sie auch juristisch Soldaten in dem Augenblick geworden wären, in dem man sie an die Front berufen hätte.

Als einer der Verteidiger den Oberleutnant Schulz als Zeugen befragte, ob es wahr sei, was behauptet werde, nämlich, daß die Mitglieder der Arbeitskommandos keine Soldaten gewesen seien, schlug dieser mit höchster Erregung, die Würde des Gerichts verzeugend, mit der Faust auf den Tisch und schrie in den Gerichtssaal hinein: „Auch, daß man Leute, die sich für das Vaterland opfern, immer wieder als bezahlte Arbeiter hinstellt. Sie waren Soldaten. Wenn ich jetzt vor einem deutschen Gericht stehe, so kommt es mir vor, als stünde ich vor einem französischen Kriegsgericht.“ Und als dann der Verteidiger an ihn die andere Frage richtete, ob es wahr sei, daß die Arbeitskommandos zur Aufgabe gehabt hätten, Waffen zu sammeln, rief Oberleutnant Schulz, daran glaubt kein Mensch, ist eine Anklage. Er bleibt aber eine Antwort schuldig, als man in ihn drängt zu sagen, ob es nicht so gewesen sei, daß die Reichswehr-offiziere gewissermaßen nicht gewünscht haben, daß man sie über die Interna der Arbeitskommandos infor-miere. Er bestätigt auch, daß eine Übergabe von Mit-gliedern der AK wegen etwaiger strafbarer Handlungen oder Ver- ratverdachts an die Polizei unerwünscht war, da die Ver-führung bestand, sie würden der Polizei Dinge ausplaudern, die geheim gehalten werden sollten.

Der junge Oberleutnant a. D. Schulz, der jetzt zu lebens-länglichem Zuchthaus begnadigt, Fememörder, befindet sich noch immer im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses. Im Gericht erschien er in gestreifter Hose und im Cutawau, aus dessen oberster Tasche ein Luchselchen kostete herausragte. Er war glatt rasiert und parfümiert. Schulz versuchte gewissermaßen den Wilmso-Prozeß wieder aufzurollen und seine Unschuld zu be- weisen. Diese Möglichkeit wurde ihm abgeschnitten. Das eine durfte er aber sagen und dafür konnte er auch Beweise bringen, nämlich: daß im gleichen Maße wie er auch keine direkten Vor- gesetzten verantwortlich seien. Allerdings: er hält sich für un- schuldig. Man wird den Oberleutnant Schulz als Ange- klagten in einer Woche in dem Fememordprozeß wiedersehen, dessen Landoberger Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden ist. Dieser Stettiner Prozeß wird aber auch erneut eine Gelegenheit bieten, die Verantwortung der Offiziere des Reichswehrkommandos für das Wehrkommando unter die Lupe zu nehmen — natürlich nur die moralische.

Der Aufmarsch zu den Wahlen

Die Reichsliste der Deutschen Volkspartei

Der Reichswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei sieht folgende Kandidaten vor:

1. Reichsminister Dr. Stresemann, Berlin, 2. Reichsminister a. D. Dr. Schulz, Charlottenburg, 3. Reichsminister Dr. Curtius, Berlin-Dahlem, 4. Geh. Justizrat Prof. Dr. Dr. Kahl, Berlin-Wilmersdorf, 5. Frau Oberstudienrätin Dr. Mah, Stettin, 6. Gewerkschaftsvorsitzender Thiel, Berlin-Wilmersdorf, 7. Reichsminister a. D. Dr. Becker, Darmstadt, 8. Staatssekretär a. D. Kemptes, Charlottenburg, 9. Landwirt Hamtens, Hanredder (Hollstein), 10. Postamtmann Morath, Berlin-Zehlendorf, 11. Geh. Justizrat Dr. Japs, Zweibrücken, 12. Bergmann Winnefeld, Gänzigfeld, Kr. Gellenkirch, 13. Generaldirektor Kögeler, Mühl-dorf, 14. Malermeister Havemann, Hilde-sheim, 15. Syndikus Keimath, Berlin, 16. Frau Alara Wende, Haus-frau, Berlin-Tempelhof, 17. Staatssekretär a. D. Walther, Berlin, 18. Rittergutsbesitzer Reichsminister a. D. Graf Kunik, Pöbungen, 19. Stadtmedizinalrat Dr. Schnell, Halle a. d. S., 20. Reichsbahn-obersekretär Fahrholz, Hannover, 21. Pfarrer Dr. Luther, Char-lottenburg, 22. Oberleutnant Binge, Hamburg, 23. Ober-regierungsrat a. D. Dr. Tiburtius, Berlin-Lichterfelde, 24. Frau Dr. Elisabeth v. Noon, geb. Wassermann, Berlin.

Bei Wählung des vorstehenden Reichswahlvorschlags der Deutschen Volkspartei ist zu berücksichtigen, daß die Herren Strese-mann, Schulz, Curtius, Thiel, Becker, Hamtens, Japs, Winnefeld, Havemann, Frau Wende und Graf Kunik gleichzeitig auf Wahl-stimmzettel kandidieren und dort im Falle ihrer Wahl das Mandat annehmen, so daß diese Kandidaturen die Reichsliste nicht oder doch nur zu einem ganz geringen Teile belasten, soweit der eine oder andere Kandidat im Wahlkreis nicht die volle Stimmzahl erreicht haben sollte. Schaltet man diese Kandidaten aus, dann verbleiben als Kandidaten für die ausstehenden Stellen der Reichsliste fol-gende: Geheimrat Dr. Kahl, Frau Dr. Mah, Staatssekretär Kemptes, Postamtmann Morath.

Der völkisch-nationale Block

Die Reichsliste des völkisch-nationalen Blocks zeigt folgende Zusammenlegung: 1. Albrecht v. Graefe, Goldbeze (Deutsch-völkische Freiheitsbewegung), 2. Hsprediger D. Theol. Doehring (Deutsche Reformationspartei), 3. Major Henning (Deutsche Ehrenlegion), 4. Jürgen v. Ramin (Deutschvölkische Freiheits-

Sozialistischer Präsidentschaftskandidat

SPD Berlin, 18. April. (Radio.)

Die amerikanischen Sozialisten haben am Dienstag beschlossen, Norman Thomas zum Kandidaten für die Präsidentschaft auf-zustellen. Die Versammlung trat nach der Aufstellung dieser Kandidatur nicht weniger als 55 Minuten Beifall. Thomas war zuerst Pastor, dann Richter. Er gehört heute noch den entschiedensten Kriegsgegnern an. Schon bei der vorigen Präsidentschaftskampagne stand Thomas neben dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs als Wahlbewerber für die Stelle des Vizepräsidenten der Republik.

Eine zweite Waffenschichtung

SPD Paris, 18. April. (Radio.)

Der halboffizielle Petit Parisien meldet als erstes Ergebnis der Räterebellionsuntersuchungen über die ungarischen Waffen-schichtungen, daß augenscheinlich noch eine zweite Schich-tung unternommen worden sei. Die Untersuchungskom-mission habe jedenfalls den starken Verdacht, daß die ursprünglich gelieferten italienischen Maschinengewehre durch unbrauchbares österreichisches Heeresgut ersetzt werden sind.

China

WZB Nanting, 17. April.

Die Nationalisten haben ihren Vormarsch gegen die Nord-truppen auf breiter Front wieder aufgenommen. Man nimmt an, daß 750 000 Soldaten auf einer Front von 400 Meilen beteiligt sind. Ein Bericht der Nationalisten meldet die Einnahme von Tschankun, Tschinkoufu und Tschankou.

WZB Tokio, 17. April.

Angeichts der Möglichkeit, daß die chinesischen nationalistischen Truppen in der Provinz Schantung voranzufahren, hat die japanische Regierung beschlossen, Marineinfan-terie bereitzustellen, die in Tsingtau an Land gegangen ist und sich dort zu einem Marsch nach Tsintau bereit hält. Die Frage, ob weitere japanische Truppen zur Verstärkung entsandt werden sollen, wird morgen entschieden werden.

Wahlvorbereitungen

eines deutschnationalen M. d. R.



„München, stopf mir fest den Atlas unter! Ich muß heutzutage meinen Wählern über die Abstimmungen zum Republik-schutzgesetz und zum Dawes-Abkommen Rechenschaftsbericht-erklaffen.“

bewegung), 5. Karl Behne (Deutsche Reformationspartei), 6. An-ton Drexler, München (Deutschvölkische Freiheitspartei).

Die Nationalsozialisten

An der Spitze der Reichsliste der Nationalsozialistischen Partei für den Reichstag stehen Georg Straßer, München, Gottfried Feder, Dr. Wilhelm Fric, Graf Ernst zu Reventlow, Dr. Joseph Göbbels, Hauptlehrer Holz, Wilhelm Kube, Dreher Jo-hannes Engel, Franz Stoehr.

Die gefährdeten Grammophonplatten der DDB

In den letzten Tagen tauchte in der demokratischen Presse das Gerücht auf, die Demokratische Partei werde auf dem amtlichen Stimmzettel nicht, wie erwartet, die letzte, sondern die fünfte Stelle einhalten. Die demokratische Rechte erhob sofort ein großes Weh-geschrei und richtete scharfe Vorwürfe gegen den Reichsinnen-minister, ohne daß man recht erheben konnte, was diese Aufregung zu bedeuten hätte. Ursache dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß die Reichsleitung der Demokraten bereits vor Monaten Grammophonplatten hergestellt hatte, auf denen zum Schluß zur Wahl der Liste 6 aufgeführt wurde. Diese Grammophonplatten waren jetzt also in Gefahr und demnach war aller Anlaß geboten, dem Reichs-innenminister eine Verletzung des Reichswahlgesetzes vorzuwerfen und anzudrohen, daß die ganze Wahl ungültig sein würde. Zum Glück für die Grammophonplatten hat inzwischen der Reichsinnen-minister ein Einsehen gehabt und den Demokraten nun jene Stelle auf der Liste gegeben, die ihre Grammophonplatten demnach aller Welt in empfehlende Erinnerung bringen werden.

Die eingezogene „Reichssturmflotte“

Aus Stuttgart berichtet der Soz. Pressedienst: Der frühere deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Alfred Roth, der aus der Deutsch-nationalen Partei ausgetreten ist, hat jetzt aus Mangel an Mitteln das Erscheinen seines Organs, der völkischen Reichs-sturmflotte, eingestellt. Er teilt gleichzeitig mit, daß ihm die württembergische Spitzenkandidatur der deutschvölkischen Freiheitsbewegung für den Reichstag angeboten worden sei. Er habe sie aber abgelehnt, weil er jedem Parlamentarismus auch nicht das geringste Zugeständnis machen wolle.

Bütteldienste für Mussolini

UL Romno, 17. April.

Die Dietrichs Finios, die eine Meldung ihres Pariser Mitarbeiters gebracht hatte, worin das Attentat auf den König von Italien als Wankenschafter der Faschisten zurückgeführt wurde, ist wegen Verbreitung erfundener und der italienischen Außenpolitik schädlicher Gerüchte für die Dauer eines Monats verboten. Es soll festgestellt worden sein, daß die Zeitung keinerlei bezügliche Meldung von einem Mitarbeiter aus Paris erhalten hat, sondern daß die Pariser Vertretung Romnoer Redaktionsarbeit darstellt. Gestern erschien die letzte Nummer mit dem Verbot des Kriegskommandan-ten und der Begründung.

DE Romno, 18. April.

Der Prälat Dambruskas, ein in Litauen sehr populärer Dichter und Publizist, setzt sich in der katholischen Presse für eine weltweite Amnestie ein. Das Regierungsblatt Lietuvos Aidas lehnt diese aber mit einiger Ironie gegenüber dem „ehr-würdigen alten Herrn“ ab und gibt zu verstehen, daß der scharfe Kampf der Opposition gegen die Regierung eine Amnestie gegenwärtig nicht ratsam erscheinen lasse.

Die verhafteten Ingenieure

Der Soz. Pressedienst meldet:

Der deutsche Vorkämpfer in Moskau, Brodovsk-Kanhan, beab-sichtigt in den nächsten Tagen die drei Verhafteten und inzwischen nach Moskau transportierten deutschen Ingenieure persönlich zu besuchen.

Aus einer Rede Bucharins vor Moskauer Arbeitern ist ersichtlich, daß die deutschen Ingenieure angeblich einer antisowjet-wärtigen Organisation angehört haben, die zTenteils aus che-mischen Erbenbesitzern besteht und zwei Sabotage russischer Werke gegründet worden sein soll. Diese Organisation habe mit großen ausländischen kapitalistischen Organisationen und auch mit militärischen Stäben mehrerer ausländischer Staaten in Verbin-dung gestanden. Die deutschen Ingenieure seien übrigens Mit-glieder des Stahlwerks oder würden zu ihm mindestens enge Be-ziehungen unterhalten.

Wir geben diese Ausführungen Bucharins wieder, ohne sie uns zu eigen zu machen. Immerhin erscheint eine Stellungnahme der amtlichen deutschen Kreise dazu angebracht.

Teilamnestie und Terror

SPD Sofia, 16. April.

Der König von Bulgarien hat anlässlich eines orthodoxen Festes 121 Gefangene begnadigt, von denen 61 Straftlinge vollständigen Strafnachlass und die restlichen 70 Strafmilderung erhalten. Das Gnadengesuch der seit einigen Jahren im Gefäng-nisse sitzenden Bauernminister Turtaloff und Boffes wurde ver-worfen. Unter den Begnadigten befinden sich nur wenige poli-tische Gefangene. Das Mitglied des ehemaligen kommunistischen Zentralkomitees, Lodor Pawloff, der in dem vor-jährigen Skandalprozeß — in dessen Verlaufe die Rechtsanwälte Kurt Rosenfeld, Berlin, und Oswald Richter, Wien, aus Bul-garien ausgewiesen wurden — zu 12½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und im Gefängnis in Philippopol sitzt, befindet sich bereits seit dem 10. März in einem dunklen Karzer. Er soll einen Gefängnispolizist faschistischen Mordes genannt haben. Rabotnik-festfoto Delo (Arbeiterfrage) meldet, daß Pawloff noch bis Ende April in diesem Karzer verbleiben muß.

Am die Unabhängigkeit Arabiens

UL London, 16. April.

In Jeddah eingegangene Meldungen besagen, dem Sonderkorre-spondent der Daily News zufolge, daß Sir Clayton bei den bevor-stehenden Verhandlungen mit dem Wahabiten-König Ibn Saud durch einen Vertreter des Irak-Gebietes unterstützt werden wird. Bei den kommenden Verhandlungen wird das Gesamtproblem der Wäschchen für die Mißverständnisse zwischen England und Irakgebiet erörtert werden. Die Reaktion der Mißverständnisse hängt von der britischen Auffassung über die wirklichen Interessen der ara-bischen Unabhängigkeit ab. Während der letzten Monate hat Per-sien Ibn Saud den Abschluß eines Freundschafts- und Gegenseitig-keitsvertrages vorgeschlagen, ebenso hat Italien aus den gespannten Beziehungen zwischen dem Irakgebiet und England Nutzen zu ziehen gesucht, und ist in Verhandlungen mit Ibn Saud eingetreten, um einen für den Wahabiten-König günstigen Vertrag abzuschließen.